



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

T: 3173127, f: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at

PRESSEUNTERLAGEN ZUR 1. WELLE DES

„DEMOKRATIE- UND TOLERANZMONITORINGS DER SWS“

Wien, im September 2008

Mit finanzieller Unterstützung des „Zukunftsfonds Österreich“ führte die SWS im Zeitraum November-Dezember 2007 die 1. Welle des auf drei Jahre angelegten „Demokratie- und Toleranzmonitorings“ durch, in dessen methodischem Mittelpunkt eine standardisierte, repräsentative Meinungsumfrage unter 1.110 Personen in Österreich steht.

Im Jahresabstand (also November/Dezember 2008) wird eine 2. Erhebungswelle durchgeführt werden, die einen Zeitvergleich ermöglicht und somit Trends aufzeigen soll.

ERGEBNISSE

Themenbereich „Demokratie“

Zentrale Erkenntnisse im Überblick:

Die SWS-Umfrage im November und Dezember 2007 sowie Zeitvergleiche haben dabei eine Reihe von Grundmustern zu Tage gefördert.

1. Einstellung zur Demokratie:

- | | | | |
|-----|---|---------|------|
| 1.1 | DEMOKRATIEVERTRAUEN: allgemeines Vertrauen in die Demokratie und ihre Einrichtungen (Parlament, Justiz) & Ablehnung von individualistischer Politikverdrossenheit | Niveau: | 74 % |
| 1.2 | PARTEIENVERTRAUEN: deutliches Vertrauen in politische Parteien | Niveau: | 45 % |
| 1.3 | ALTERNATIV-POLITIK-VERTRAUEN: Höherbewertung von direkter Demokratie und Zivilgesellschaft | Niveau: | 18 % |
| 1.4 | MISSTRAUEN GEGEN DEMOKRATIE, PARTEIEN, ALTERNATIVEN | Niveau: | 25% |

Die Demokratie als Gesellschaftsform hat somit das volle Vertrauen von drei Viertel aller Befragten.

Anmerkung: Für das verlässliche und stabile Funktionieren einer Demokratie geht man von einem 80-prozentigem Demokratievertrauen aus. Personen mit sehr geringem bzw. keinem Demokratievertrauen können als „Risikogruppen“ antidemokratischer Bewegungen gesehen werden. Nur bei den Aktivisten in den Organisationen (siehe auch weiter unten) ist dieses Demokratievertrauen (80%) zu einem guten Teil erreicht; bei den Nicht-Mitgliedern fehlt aber noch ein deutlicher Prozentsatz dafür.

Das Viertel der „Demokratie-Verdrossenen“ steht nicht nur in dieser Beziehung abseits – es sind vorwiegend Frustrierte und sozial Deklassierte, Arbeitslose und Ärmere, allein mit ihren Schwierigkeiten. Selbst in der kursorischen Erfassung der Lebensumstände in einer Umfrage wird das merkbar. Wer die Demokratie noch gutheißt, aber in keiner heutigen Politik noch einen Sinn findet – und das ist immerhin etwa ein Fünftel der BürgerInnen - sieht sich vor allem von den Politikern enttäuscht und in seinen Idealen verraten, hält die Parteien nicht mehr für zeitgemäß. Das deckt sich oft mit einem ähnlichen Skeptizismus gegenüber der Kirche – aber auch den Medien. Auch ist da der Stress der modernen Gesellschaft im Spiel, der Mangel an jener sozialen Einbettung, die man nun als „Sozialkapital“ bezeichnet.

Die verbleibende Hälfte der ÖsterreicherInnen, welche die Demokratie voll anerkennen – und damit auch tragen -, teilt sich in drei „Lager“:

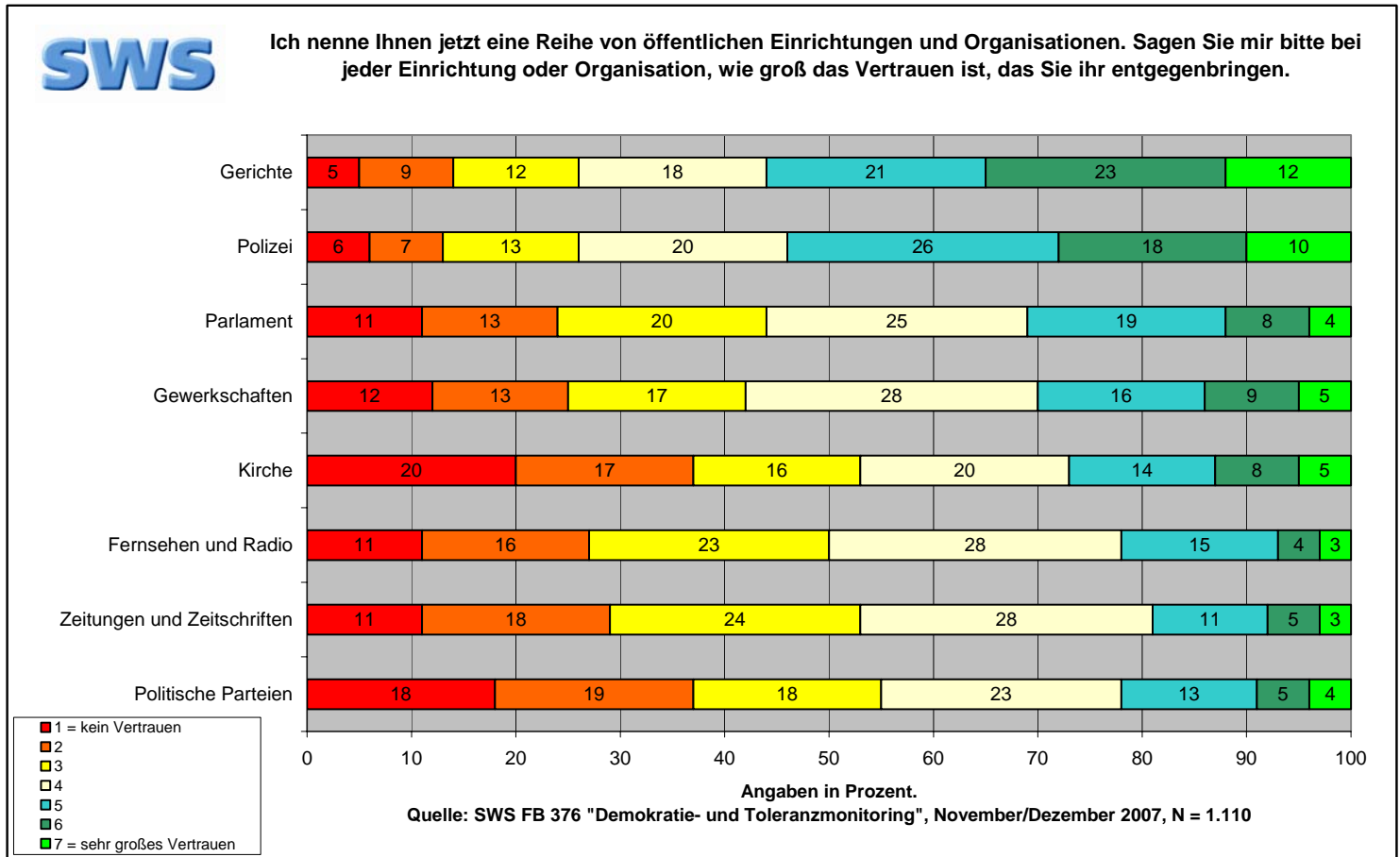
- die traditionellen Partei-AnhängerInnen, die der bestehenden Politikstruktur voll vertrauen – das „Parteivolk“. Bei aller Kritik glauben sie an den demokratischen Erfolg ihrer Parteien und auch der Sozialpartnerschaft.
- die unzufriedenen „Alternativen“ aller Richtungen, die eine Veränderung und „Verbesserung“ der Demokratie durch mehr Bürgerinitiativen und direkte Demokratie, durch stärkere Aktivität wünschen – meist gegen Bestehendes gerichtet.
- die Erneuerer in allen Parteien, die sowohl die Parteien erhalten und reformieren möchten, auch mit neuen Alternativen - dies sind eher die Jüngeren und Erfolgreichen.

Es wird an dieser Gruppierung sehr deutlich, wie stark die Einstellung zur Demokratie von persönlichen Umständen („Gewinner“ und „Verlierer“), von der sozialen Lebensqualität und von der eigenen Kultur (Medien und Symbolfiguren) beeinflusst wird – und das in selbstverstärkenden „Feedback-Schleifen“ (Teufelskreisen und Engelskreisen), denen schwer zu entkommen ist.

Detailergebnisse:

„VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN“

Grafik 1:



Anhand der aktuellen Umfrageergebnisse können zunächst Ergebnisse zum „Vertrauen in Institutionen“ präsentiert werden (die zugrunde liegende Frage lautete: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen“ – Skala von 1=gar kein Vertrauen bis 7=sehr großes Vertrauen): In Grafik 1 ist zu erkennen, dass zwei Institutionen im Vergleich deutlich besser abschneiden als andere: die „Gerichte“ und die „Polizei“.

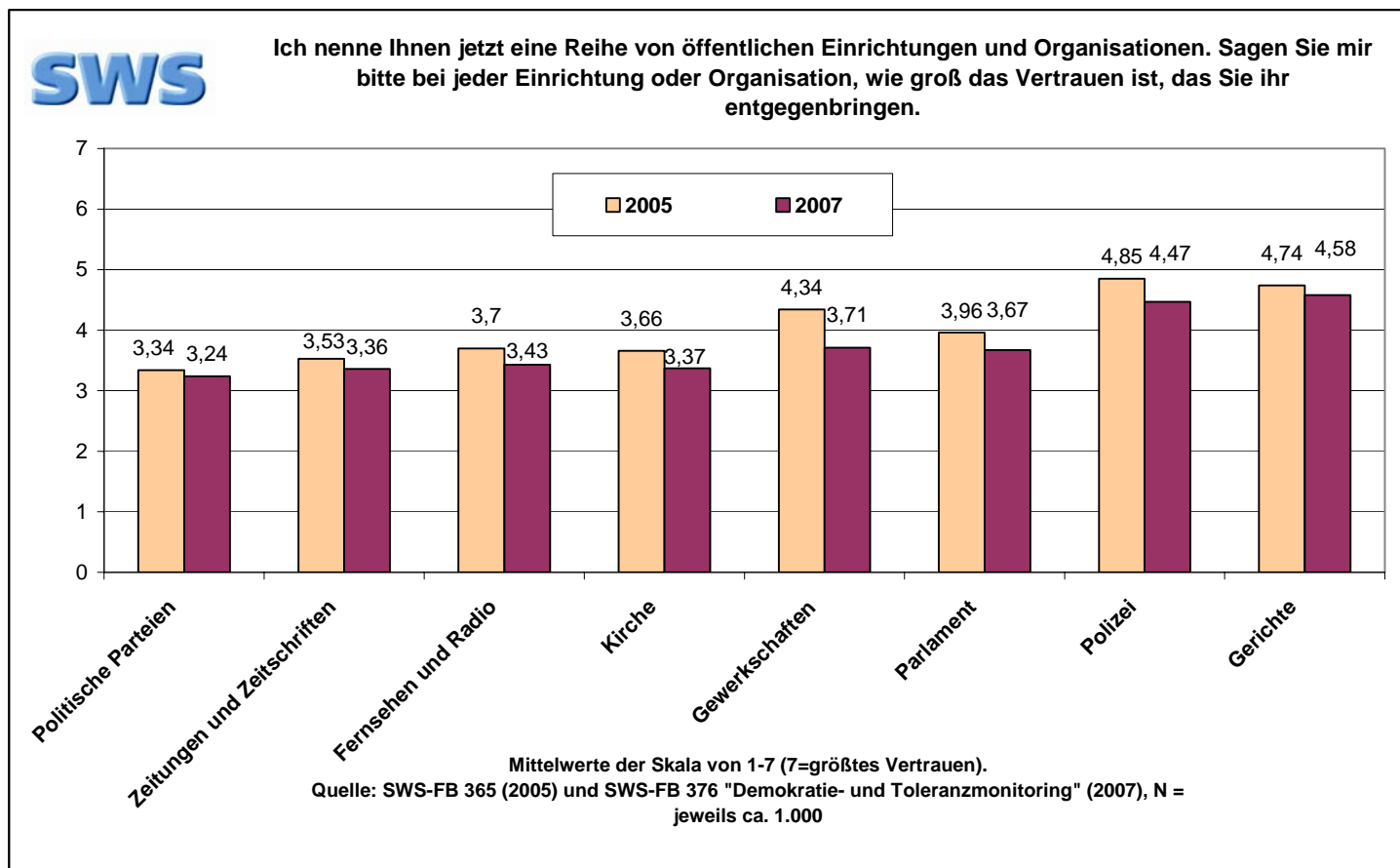
35% der Befragten bringen den „Gerichten“ ein „sehr großes Vertrauen“ entgegen (Skalenpunkte 6+7), bei der Polizei liegt der entsprechende Wert bei 28%. Am anderen Ende der Skala (Skalenpunkt 1 = gar kein Vertrauen) finden sich dagegen Nennungsanteile von lediglich 5% bzw. 6%.

Alle weiteren abgefragten Institutionen schneiden weitaus schlechter ab – ein „sehr großes Vertrauen“ bringen im Schnitt nur ca. 12% der ÖsterreicherInnen dem „Parlament“, den „Gewerkschaften“ und der Kirche“ entgegen. Bei „Fernsehen und Radio“, „Zeitungen und Zeitschriften“ und „Politischen Parteien“ liegen die entsprechenden Werte bei ca. 8%.

Besonders hohe Anteile von Befragten, die angeben „gar kein Vertrauen“ zu haben sind bei den Institutionen „Kirche“ (20%) und „Politische Parteien“ (18%) zu verzeichnen.

Demokratiepolitisch interessant ist vor allem die Tatsache, dass das „Parlament“ als gesetzgebende Körperschaft weit weniger negativ beurteilt wird als die „Politischen Parteien“. Die ÖsterreicherInnen differenzieren also somit deutlich zwischen dem Parlament als demokratiepolitisch anerkannten Instrument und den – in der Öffentlichkeit – offensichtlich sehr skeptisch beurteilten Parteien.

Grafik 2:



Grafik 2 verdeutlicht das Vertrauen in Institutionen und dessen Entwicklung in den letzten drei Jahren auf der Basis von Mittelwertberechnungen der Skala von 1-7 (je höher der Wert, dessen Maximum theoretisch „7,0“ darstellt, desto höher ist das Vertrauen in die entsprechende Institution). Als Vergleichsdaten zur aktuellen Umfrage des „Demokratie- und Toleranzmonitorings“ werden Daten der SWS-Face-to-Face-Befragung Nr. 365 vom Oktober 2005 herangezogen.

Ganz deutlich wird dabei, dass das Vertrauen in alle abgefragten Institutionen von 2005 auf 2007 abgenommen hat: Die deutlichste (allerdings nur vorübergehende) Abnahme ist bei den „Gewerkschaften“ (wohl eine Folge des BAWAG-Skandals) sowie in etwas schwächerer Form bei der „Polizei“ festzustellen ist (wenngleich dieser – wie auch den „Gerichten“ - immer noch das meiste Vertrauen geschenkt wird) - auch hier haben wohl die Skandale in der Führungsetage vor allem der Wiener Polizei) einen wesentlichen Anteil zu dieser Entwicklung beigetragen.

Inwieweit dieser allgemeine Rückgang des Vertrauens ein stetiger ist, werden die weiteren Wellen des „Demokratie- und Toleranzmonitorings“ zu Tage fördern.

„MITGLIEDSCHAFT BEI VEREINEN UND DEMOKRATIEVERTRAUEN“

Tabelle 1: Demokratievertrauen in % nach Vereinsbereichen

	Nicht-Mitgliedschaft	Nur Mitgliedschaft	Aktivisten	Differenz zu Nicht-Mgl.	
				Mitglied	Aktivist
Politische Parteien	54	72	83	+18	+29
Kirche	55	67	81	+12	+26
Schul-Eltern-Vereine	61	70	85	+9	+24
Rettung/ Rotes Kreuz	62	62	81	0	+19
Gewerkschaft	61	63	78	+2	+17
Jugendvereine	61	78	72	+17	+11
Kulturvereine	58	72	76	+14	+18
Feuerwehr	63	59	71	-4	+8

Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Die Mitgliedschaft bzw. das Engagement in wesentlichen Vereins-Bereichen wurde im Rahmen der Umfrage von der SWS für elf Arten von Organisationen (Sportvereine, Kulturvereine, soziale Vereine, Feuerwehr, Rotes Kreuz, politische und religiöse Vereine) erfasst. Jede/r Befragte teilte uns mit ob sie/er in einem Verein tätig ist oder nicht und welche „Intensität“ die Mitgliedschaft (Involvement) aufweist. Auf den Angaben aufbauend können wir daher das „Demokratie-Vertrauen“ mit der Variable „Vereinsmitgliedschaft“ in Beziehung setzen (korrelieren).

Dieser Berechnung liegt die in der sozialwissenschaftlichen Forschung fundierte Annahme zugrunde, dass Vereine als „Gradmesser“ für das Funktionieren einer Gesellschaft herangezogen werden können. Die Höhe des Vertrauens der Befragten lässt sich damit für jeden Vereinsbereich nach:

- Aktivisten (aktive tätig Personen und Funktionäre in einem Verein)
 - „nur“-Mitglieder (formale Mitgliedschaft) und
 - Nicht-Mitgliedern
- bemessen und darstellen.

Generell ist ein höheres Demokratievertrauen bei vereinzugehörigen Personen festzustellen. Bloßes Dabeisein (formale Mitgliedschaft) wirkt schwächer auf das Demokratievertrauen, aktives Mitmachen wirkt stärker.

Diese angesprochenen, demokratiepolitisch wichtigen Auswirkungen, abhängig vom „Aktivitätsgrad“ eines Menschen können beachtlich sein.

1. Es gibt - so zeigen die vorliegenden Daten - „Vereinsarten“, in welchen die AktivistInnen über höheres Vertrauen in die Demokratie und deren Institutionen verfügen: Dies betrifft: Mitgliedschaft bzw. Aktivität in „Aktivisten mobilisierende Organisationen“:
 - Gewerkschaft,
 - Rettung/ Rotes Kreuz, Feuerwehr
 - Schule/ Elternvereine

2. andere mit stärkerer, direkter Wirkung („Mitglieder mobilisierende Organisationen“):
 - Jugendvereine
 - Kulturvereine
 - Selbsthilfegruppen

3. Vereine, die sowohl bloße „Mitglieder wie auch AktivistInnen für die Demokratie mobilisierende Organisationen“. Hierunter können subsumiert werden:
 - Politische Parteien
 - Glaubengemeinschaften, Kirche

Fazit: Was sich aus den Ergebnissen oben stehender Tabelle deutlich ablesen lässt ist, dass je höher das Involvement in einem Verein ist, desto höher ist auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Man kann also von einem direkten Zusammenhang (einer Korrelation) zwischen Vereinsmitgliedschaft - im positivsten Fall eine aktive Mitgliedschaft - und Vertrauen in die demokratischen Einrichtungen sprechen.

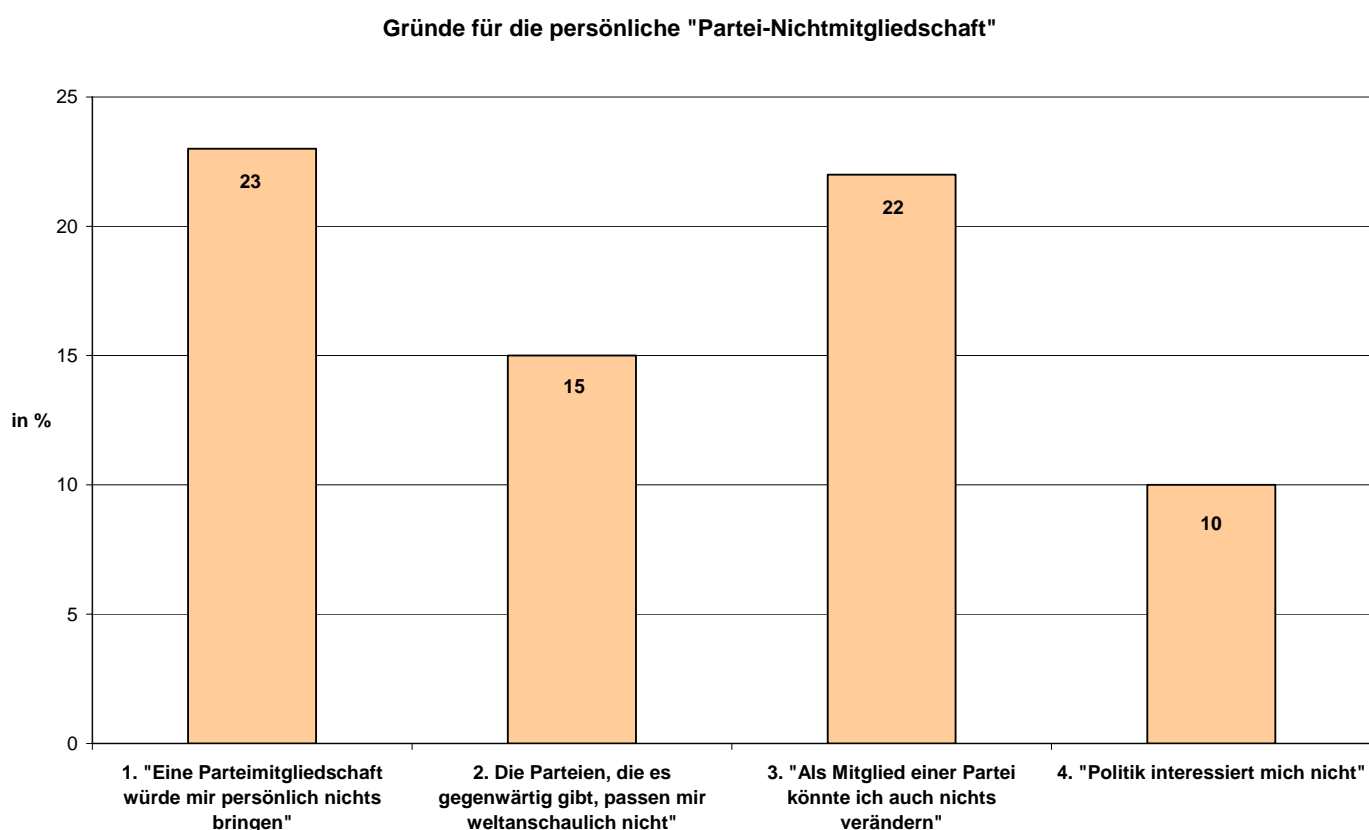
Vereine, die nur bei den sogenannten „AktivistInnen“ das Demokratie-Vertrauen stärken, haben insgesamt am wenigsten Wirkung, Mitglieder motivierende Organisationen erzielen mehr Demokratisierung – Parteien und Kirche demokratisieren am stärksten.

„PARTEIENVERDROSSENHEIT“

Im Rahmen des „Demokratie- und Toleranzmonitorings“ wurde auch der Frage nachgegangen, warum Personen, die keine Parteimitgliedschaft aufweisen, ein entsprechendes Desinteresse an den Tag legen – folgende Antwortmöglichkeiten wurden abgefragt (vgl. Grafik 3):

1. „Eine Parteimitgliedschaft würde mir persönlich nichts bringen.“
2. „Die Parteien die es gegenwärtig gibt, passen mir weltanschaulich nicht.“
3. Als Mitglied einer Partei könnte ich auch nichts verändern.
4. Politik interessiert mich nicht.

Grafik 3:



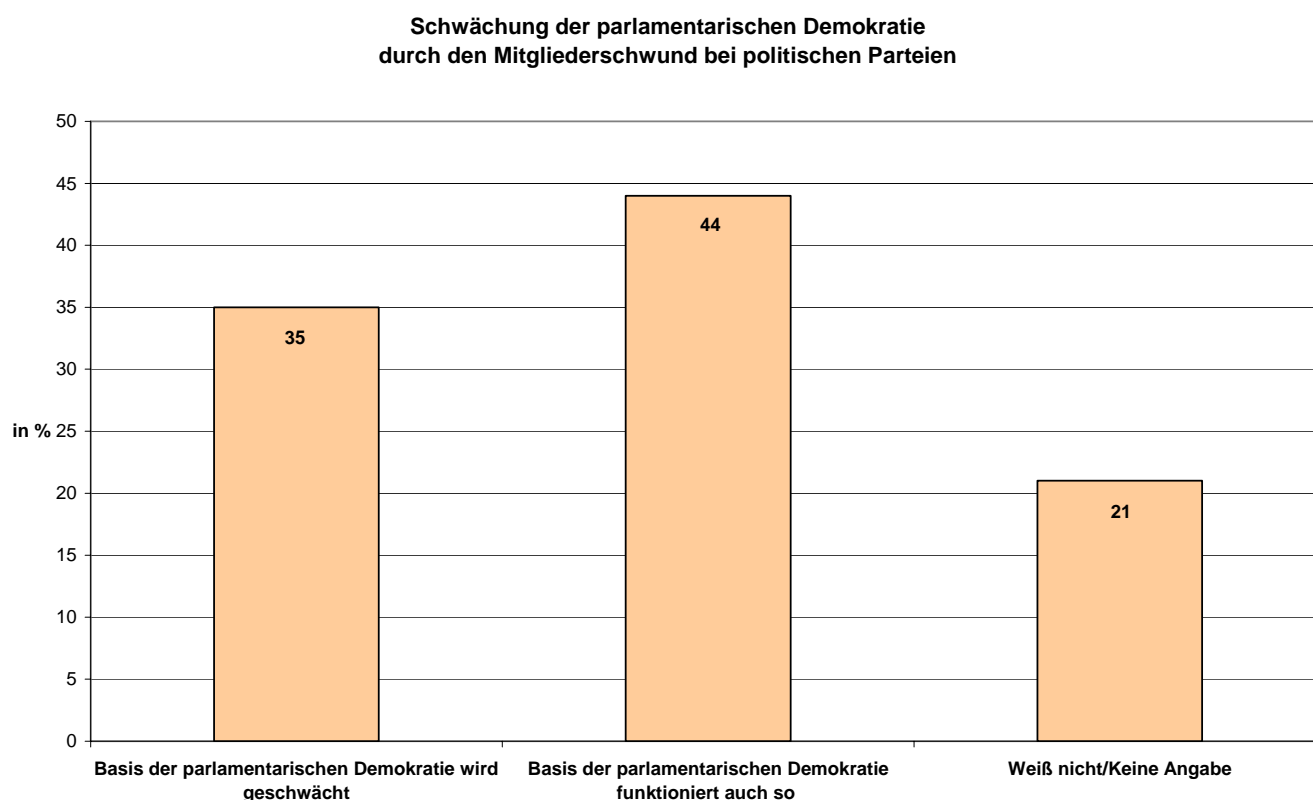
Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

23% der Befragten haben der 1. Aussage zugestimmt. Dabei gibt es nur geringfügige Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Je älter die befragten Personen sind, desto weniger häufig wird diese Aussage auch als Grund nicht Parteimitglied zu sein genannt. Bei den bis 25-Jährigen noch zu ca. 35% und bei den über 71-Jährigen nur mehr zu 12%. Tendenziell wird dieser Aussage mit höherer Schulbildung weniger häufig zugestimmt. Die 2. Aussage, dass die Parteien aus weltanschaulichen Gründen nicht passen, wird von Frauen und Männern gleichermaßen zu einem Prozentsatz von 15% der Befragten als Grund dafür genannt, nicht in einer Partei Mitglied zu sein. Hier gibt es zwischen den verschiedenen Altersgruppen und bezüglich der höchsten abgeschlossenen Schulbildung allerdings kaum Unterschiede.

Der 1. und 2. Aussage stimmen Personen, die die SPÖ als aktuelle Parteipräferenz angeben, mit Werten zwischen 7% (1.Aussage) und 15% (2.Aussage) am wenigsten häufig zu. Wird das BZÖ als aktuelle Präferenz angegeben, so wird mit 35% der 1. Aussage am häufigsten zugestimmt, der 2. Aussage mit nur 6% Zustimmung jedoch im Parteienvergleich am seltensten. 10% der Befragten, die nicht Mitglieder einer Partei sind, geben an, überhaupt nicht an Politik interessiert zu sein (Aussage 4). 22% glauben durch eine Mitgliedschaft nichts verändern oder verbessern zu können (Aussage 3). Dies wird von Frauen mit 25% etwas häufiger als von den Männern (20%) angegeben. Je höher die Schulbildung desto seltener wird angenommen durch eine Mitgliedschaft in einer Partei nichts verbessern zu können (Hochschulabschluss: ca. 15% / Pflichtschulabschluss: ca. 30%).

35% der Befragten sehen die parlamentarische Demokratie durch den Mitgliederschwund der Parteien geschwächt. Für 44% ist diese „auch so funktionstüchtig“ (vgl. Grafik 4).

Grafik 4:



Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

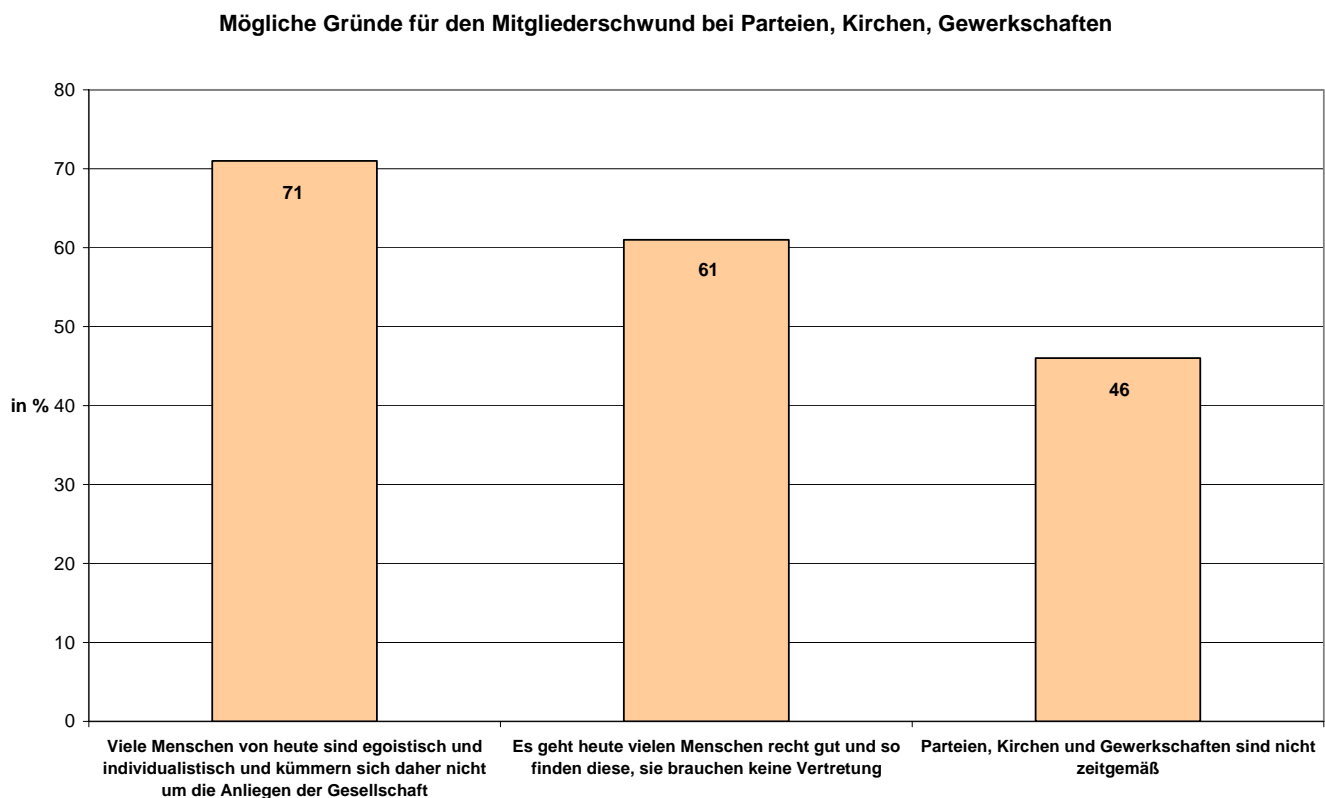
Männer glauben dies mit fast 50% Zustimmung häufiger als Frauen mit etwa 40%. Tendenziell sehen ältere Befragte dadurch eher eine Schwächung als dies jüngere Personen tun.

Bezüglich ihrer aktuellen Parteipräferenz sehen aktuelle SPÖ-SympathisantInnen mit fast 50% am häufigsten eine Schwächung, AnhängerInnen des BZÖ mit etwa 25% hingegen am seltensten.

70% der Personen, die auch regelmäßig in einer politischen Partei mitarbeiten, sehen auch eine Schwächung der parlamentarischen Demokratie durch den Mitgliederschwund der Parteien. Dies trifft hingegen nur auf etwa 20% der Nichtmitglieder zu. Etwa 65% der Personen mit sehr großem Vertrauen in die Parteien und zum Vergleich etwa 20% derjenigen ohne Vertrauen sind auch der Meinung, dass es dadurch zu einer Schwächung kommt.

Im Rahmen des Demokratie- und Toleranzmonitorings wurde auch nach möglichen Gründen für den Mitgliederschwund bei Parteien, Kirchen und Gewerkschaften gefragt (vgl. Grafik 5):

Grafik 5:



Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Der Begründung, dass „viele Menschen heute egoistisch und individualistisch sind und sich daher nicht um gesellschaftliche Anliegen kümmern“ stimmen 71% aller Befragten zu. Männer stimmen mit 75% etwas häufiger zu als Frauen mit ca. 65%. Quer durch alle Altersgruppen liegt dieser Prozentsatz bei etwa 70%.

Personen mit aktueller SPÖ-Parteipräferenz stimmen mit fast 80% am häufigsten zu, GRÜN-SympathisantInnen mit 60% am wenigsten oft. Personen, die kein Vertrauen in politische Parteien haben, stimmen dieser Aussage mit knapp 60% deutlich seltener zu als Personen die sehr großes Vertrauen in politische Parteien haben (ca. 85%).

Der Begründung „es geht heute vielen Menschen recht gut und so finden diese, sie brauchen keine Vertretung“, stimmen 61% der Befragten zu.

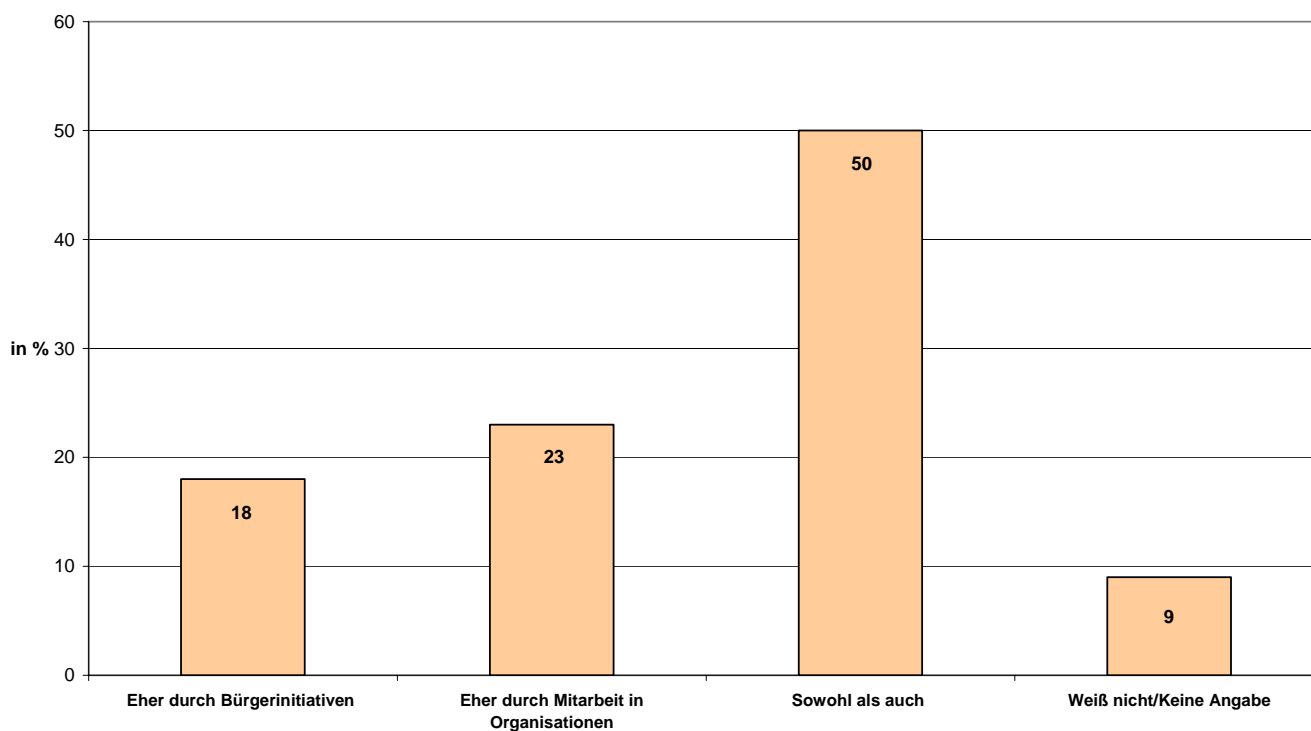
Bezüglich der aktuellen Parteipräferenz stimmen Personen, die das BZÖ (ca. 30%) oder die FPÖ (ca. 40%) als präferierte Partei angeben, am seltensten zu. Am häufigsten wird von ÖVP-AnhängerInnen (ca. 75%), gefolgt von SPÖ-SympathisantInnen (ca. 65%) zugestimmt. Parteimitglieder stimmen hier ebenfalls häufiger zu wie Nicht-Mitglieder.

Der Aussage, dass „Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht mehr zeitgemäß sind“, stimmen 46% der Befragten zu. Die Altersgruppe der 26–35 Jährigen stimmt mit ca. 55% am häufigsten zu. Zwischen 66 und 70 Jahren wird mit ca. 35% am seltensten zugestimmt. Personen mit BZÖ- oder Grün-Parteipräferenz tun dies mit fast 60% ebenfalls deutlich häufiger als AnhängerInnen der beiden Großparteien (ÖVP 37% / SPÖ 40%). Parteimitglieder stimmen erwartungsgemäß häufiger zu als Nichtmitglieder. Personen, die bestimmte Ziele eher durch Bürgerinitiativen erreichbar sehen, stimmen mit etwas mehr als 55% häufiger zu als Personen, die dies eher durch Organisationen erreichbar sehen (knapp 40%). Über 70% der Personen, die kein Vertrauen in politische Parteien haben, stimmen der Aussage zu. Wird politischen Parteien hingegen großes Vertrauen entgegengebracht stimmen nur etwa 20% zu.

18% der Befragten finden, dass bestimmte Ziele eher durch Bürgerinitiativen erreicht werden können, 23% sehen dies eher durch eine Mitarbeit in Organisationen realisierbar. 50% finden, dass dies sowohl durch Bürgerinitiativen als auch durch die Mitarbeit in Organisationen erreichbar sei (vgl. Grafik 6).

Grafik 6:

Erreichung bestimmter Ziele: "Bürgerinitiativen" gegenüber "dauernde Mitarbeit in Organisationen"



Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Wird das BZÖ (ca. 45%) oder die FPÖ (30%) als aktuelle Parteipräferenz angegeben, so werden bestimmte Ziele ebenfalls am häufigsten durch Bürgerinitiativen realisierbar gesehen. Am seltensten trifft dies auf ÖVP-AnhängerInnen (ca. 15%) oder SPÖ-SympathisantInnen (ca. 10%) zu. In Tirol werden bestimmte Ziele im Bundesländervergleich mit ca. 25% am häufigsten eher durch Bürgerinitiativen realisierbar gesehen, in Vorarlberg mit lediglich 5% am seltensten.

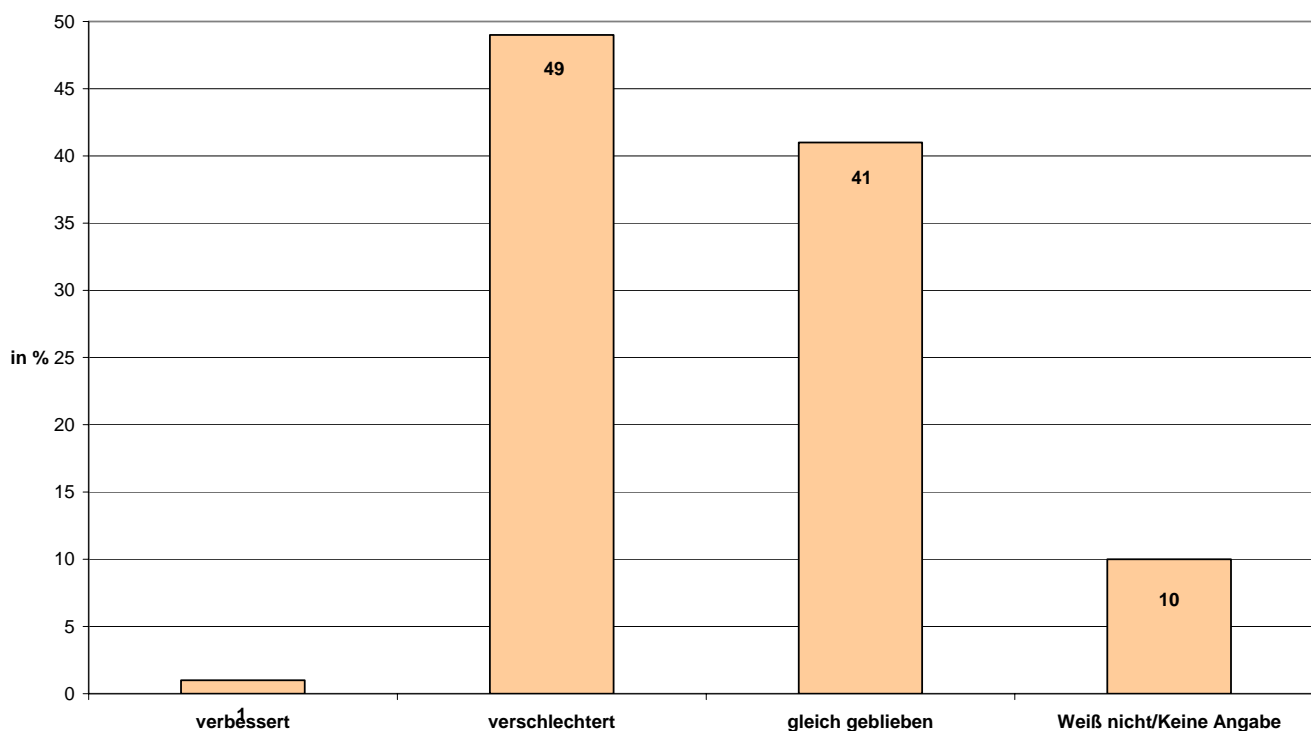
Nur knapp 3% der Personen, die sehr großes Vertrauen in politische Parteien haben, sehen bestimmte Ziele am ehesten durch Bürgerinitiativen erreichbar. Hingegen ist dies bei über 30% derjenigen, die kein Vertrauen in politische Parteien haben, der Fall.

Themenbereich „Toleranz“

Die aktuellen Umfragedaten im Rahmen des Demokratie- und Toleranzmonitorings zeigen, dass der Terroranschlag auf das World Trade Center im September 2001 einen deutlichen Einfluss auf die Toleranz hinsichtlich islamisch geprägter Gruppierungen hatte (vgl. Grafik 7): Nur 1% der Befragten gibt an die „*Meinung über Islamisten*“ habe sich seit September 2001 verbessert, ca. 50% finden sie habe sich seit dem verschlechtert und etwa 40% meinen, dass ihre Meinung seit dem gleich geblieben ist. 10% machen dazu keine Angabe.

Grafik 7:

Veränderung der Meinung über Islamisten seit dem Anschlag auf das WTC im September 2001

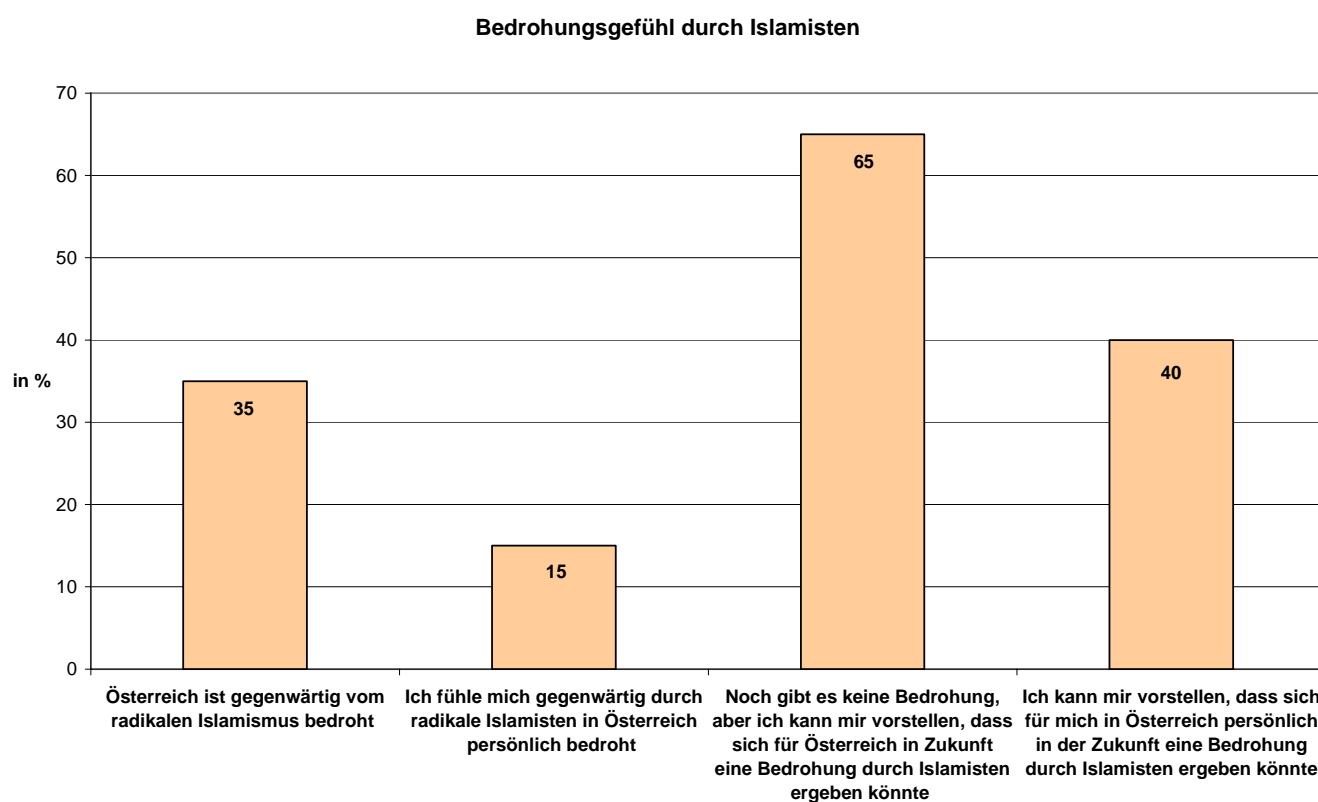


Während der Prozentsatz derjenigen, die angeben ihre Meinung gegenüber Islamisten habe sich verschlechtert, mit zunehmendem Alter von etwa 50% auf 45% leicht sinkt, gibt es in der Altersgruppe 71+ einen deutlichen Anstieg auf 60%. Mit einer grünen Parteipräferenz wird am seltensten eine Verschlechterung angegeben und am häufigsten, dass die Meinung seitdem gleich geblieben sei.

Im Falle der FPÖ als aktueller Parteipräferenz wird mit über 70% am häufigsten eine Verschlechterung angeführt. Das Toleranzniveau ist bei älteren Befragten offensichtlich weitaus empfindlicher, bei der jungen grünen Bildungsschicht ist eine höhere Toleranzstabilität zu verzeichnen.

35% der Befragten stimmen der Aussage „Österreich ist gegenwärtig vom radikalen Islamismus bedroht“ zu (vgl. Grafik 8).

Grafik 8



Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Während PflichtschulabsolventInnen noch zu mehr als 45% zustimmen, tun dies Personen mit einem Hochschulabschluss nur mehr zu knapp 25%. Ein weit höherer (binahe doppelt so hoher) Prozentsatz von 65% stimmt der Aussage zu, dass es zwar „*derzeit noch keine Bedrohung durch Islamisten gibt, sie sich aber vorstellen können, dass es in Zukunft eine Bedrohung geben könnte*“. Der Prozentsatz derjenigen Personen, die hier zustimmen, steigt mit dem Alter tendenziell an. Bei den bis-25 Jährigen wird zu etwa 60% zugestimmt und bei den Personen über 71 Jahren zu etwa 85%.

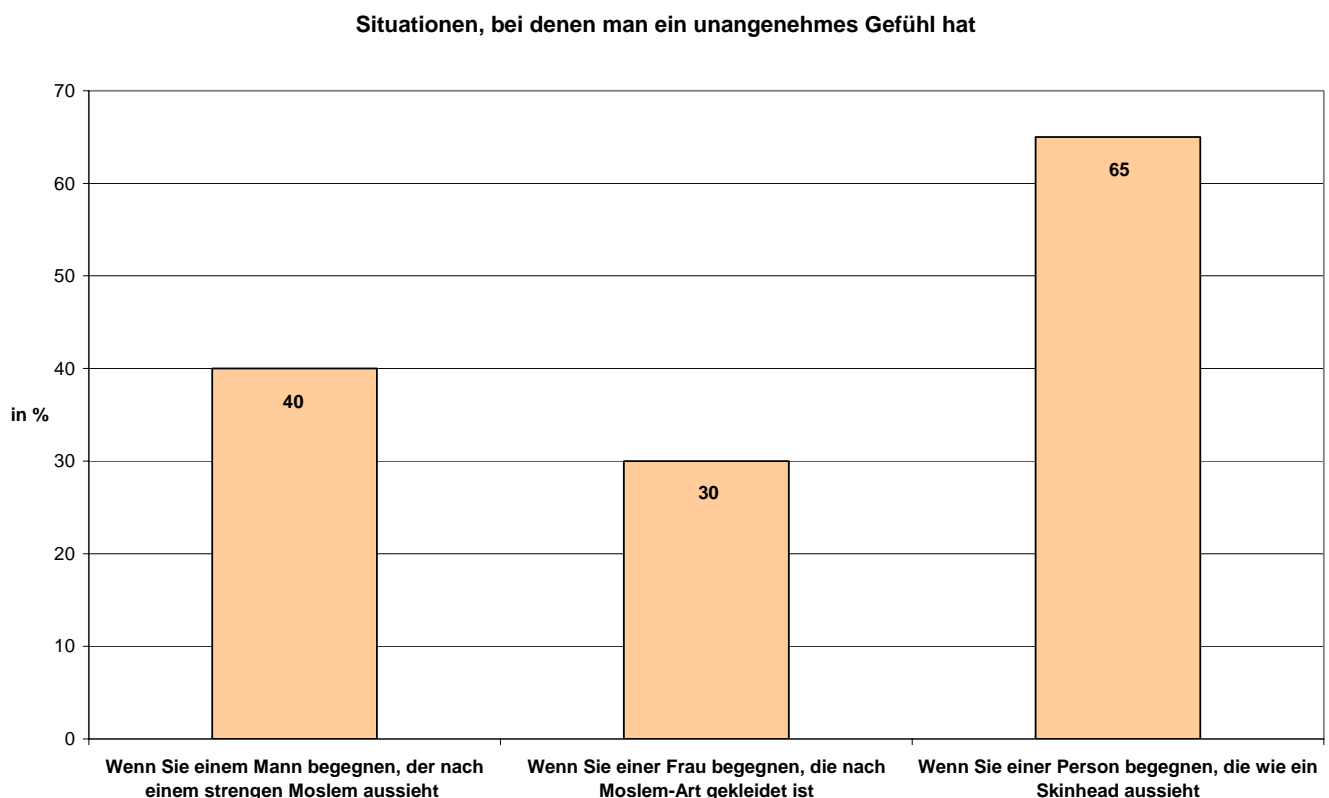
Diese Ergebnisse zeigen, dass vor allem mit zukünftigen Bedrohungen sehr stark gerechnet wird – entsprechende, diese Vermutung bekräftigende Vorkommnisse können demnach sehr leicht dazu führen, die Toleranzschwelle gegenüber der islamischen Bevölkerung in Österreich stark herunterzusetzen und innergesellschaftliche Spannungen zu verschärfen. Die folgenden Ergebnisse der Befragung zum Themenfeld „persönliche Bedrohung durch Islamisten“ bestätigen diesen Befund: Etwa 15% der Befragten stimmen der Aussage sich „*gegenwärtig durch radikale Islamisten in Österreich bedroht zu fühlen*“ zu.

Der Prozentsatz derjenigen Befragten, die der Annahme zustimmen, „*sich vorstellen zu können, dass sich für Sie in Zukunft persönlich eine Bedrohung durch Islamisten ergeben könnte*“, liegt wiederum weit höher, nämlich bei ca. 40%.

Etwa 40% der Befragten geben an ein unangenehmes Gefühl zu haben, wenn Sie „*einem Mann begegnen, der nach einem strengen Moslem aussieht*“ (vgl. Grafik 9).

Frauen geben mit fast 45% öfter an bei einer derartigen Begegnung ein unangenehmes Gefühl zu haben als dies Männer (35%) tun.

Grafik 9:



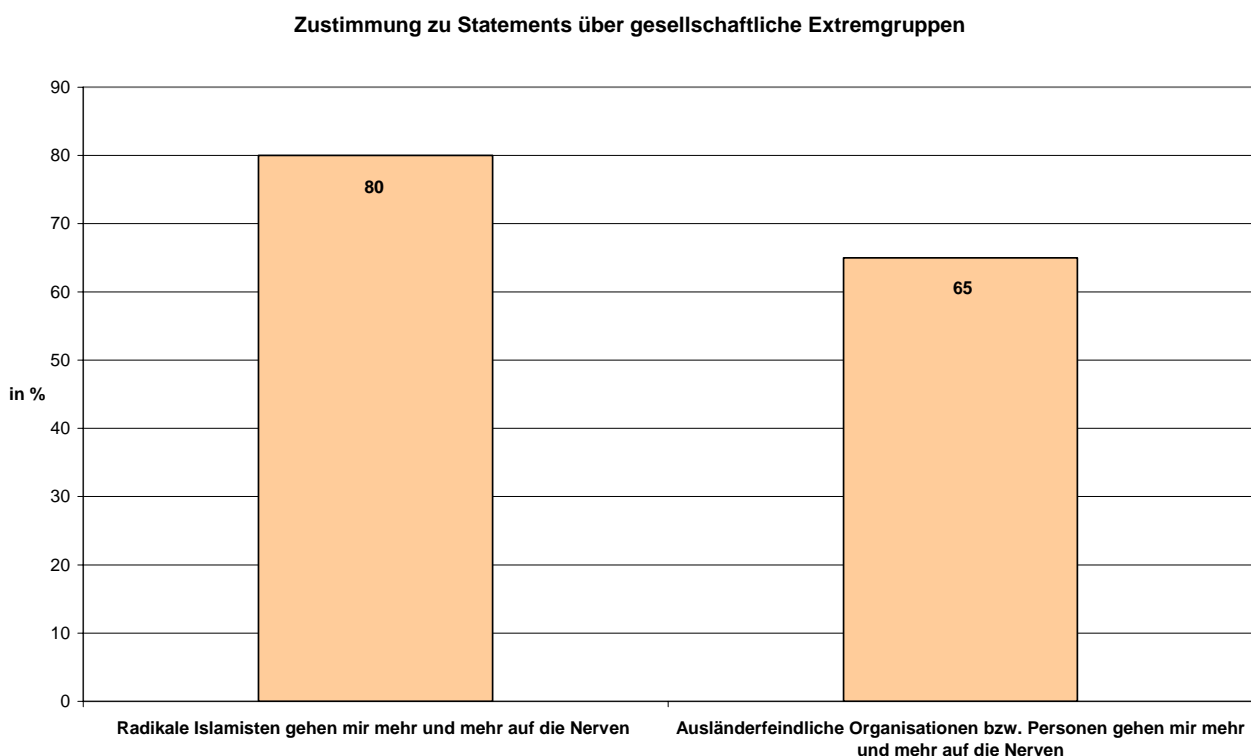
Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Ein unangenehmes Gefühl zu haben, „*wenn man einer Frau, die nach Moslem-Art gekleidet ist, begegnet*“, wird von ca. 30% der Befragten angegeben.

Bei einer „*Begegnung mit einer Person, die wie ein Skinhead aussieht*“ geben 65% der Befragten an, ein unangenehmes Gefühl zu haben. Frauen geben wiederum mit knapp 70% etwas öfter an in diesem Fall ein unangenehmes Gefühl zu haben als dies die Männer (ca. 60%) tun. Ganz klar zeigen die Ergebnisse, dass – wenngleich die Toleranz gegenüber Moslems in Österreich durch islamistische Terroranschläge sicherlich gesunken ist – persönliche Bedrohungen durch Exponenten des rechtsradikalen Lagers weit stärker empfunden werden.

Etwa 80% der Befragten stimmen der Aussage „*radikale Islamisten gehen ihnen auf die Nerven*“ zu. Etwa 65% der Befragten geben an, dass ihnen „*ausländerfeindliche Organisationen bzw. Personen mehr und mehr auf die Nerven gehen*“ (vgl. Grafik 10).

Grafik 10:



Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Während also „Skinheads“ per se (als prinzipiell gewaltbereite Personen, wobei den Befragten die dahinterstehende Ideologie weniger wichtig ist), doch von sehr vielen ÖsterreicherInnen als persönliche Bedrohung erlebt werden (siehe weiter oben), geben die Befragten an, dass ihnen „radikale Islamisten“ stärker auf die Nerven gehen als „ausländerfeindliche Organisationen/Personen“.

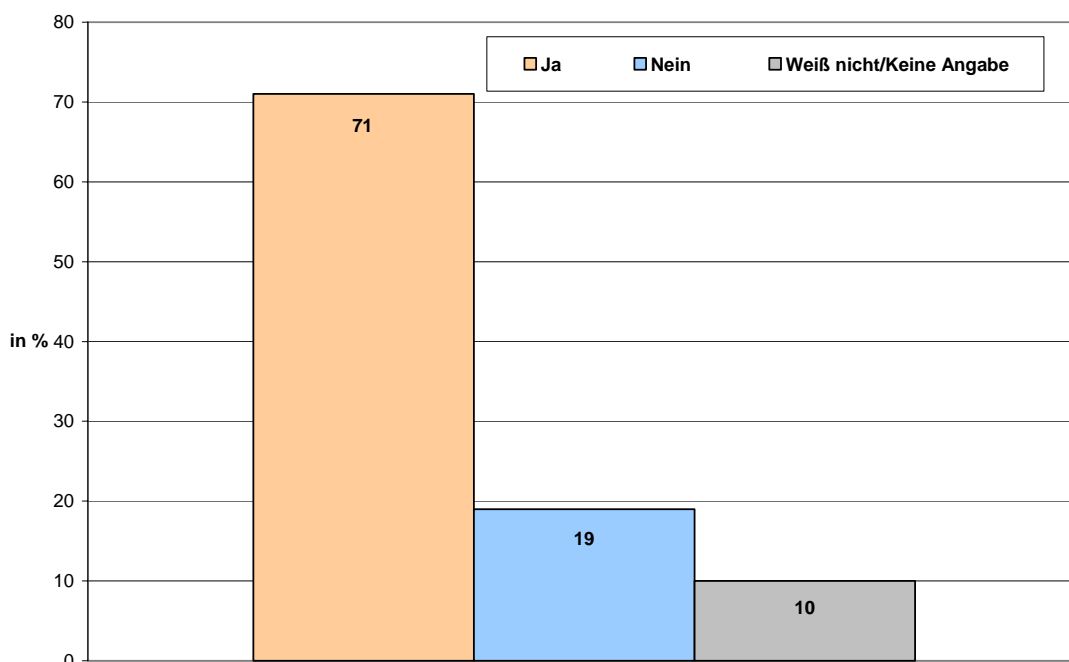
Hierbei spielt sicher eine Rolle, dass der islamistische Terror in jüngster Vergangenheit viel stärker in der Öffentlichkeit diskutiert wird und zudem eine eher „neues“ Phänomen darstellt, mit dem man sich anlassbezogen stärker und kritischer auseinandersetzt als mit latenter Ausländerfeindlichkeit, die gesellschaftlich akzeptierter zu sein scheint.

Inwieweit diese zwiespältige Toleranz eine Schere darstellt, sie noch weiter aufgeht, können bei den Folgewellen des Demokratie- und Toleranzmonitorings untersucht werden.

Ca. 70% der Befragten sind schließlich der Ansicht „Wir Österreicher sind einfach zu tolerant gegenüber Fremden, die sich unserer Lebensweise nicht anpassen wollen“ (vgl. Grafik 11). Lediglich 19% teilen diese Ansicht nicht, 10% enthalten sich der Aussage.

Grafik 11:

Sind Sie der Ansicht, dass wir Österreicher einfach zu tolerant gegenüber Fremden sind, die sich unserer Lebensweise nicht anpassen wollen?



Quelle: SWS FB 376 "Demokratie- und Toleranzmonitoring", November/Dezember 2007, N = 1.110

Mit zunehmendem Alter nimmt der Prozentsatz derjenigen, die der Meinung sind, dass in Österreich eine zu große Toleranz herrscht, von etwa 60% bei den bis 25 Jährigen auf fast 80% bei den über 71-Jährigen zu. Mit niedrigerer Bildung wird diese Ansicht deutlich häufiger vertreten als dies mit einem höheren Bildungsniveau der Fall ist. Ca. 45% der Personen mit Hochschulabschluss und zum Vergleich ca. 75% der PflichtschulabsolventInnen sind dieser Ansicht.

Dieser Befund macht deutlich, dass die Toleranzschwelle offenbar dort endet, wo die „offensichtliche Andersartigkeit“ besonders zum Tragen kommt – die Vorteile der Diversität auf gesellschaftlicher Ebene werden offenbar nicht oder zu wenig erkannt.

○ Diese Presseunterlagen stehen ab dem 19.09.2008 unter <http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php> im pdf.-Format zum Download zur Verfügung.
○ Ankündigungen aktueller SWS-Pressekonferenzen finden Sie auch unter <http://www.sws-rundschau.at/html/pressekonferenz.php>